

Sdermannstädter Zeitung

vereinigt mit dem

Siebenbürger Boten.

Inserate
aller Art werden in der
Steinbühnen Buch-
druckerei angenommen; für
den Teleg. die ersten M.
Zeiler's Annoncen, An-
noncen, Reingasse, Nr. 60;
für Wien die Annoncen
Bureau Alois Oppelk
Wollgasse 22, u. Haas-
enstein & Vogler für Aus-
land: Haasenstein & Vogler
in Berlin, Hamburg, Frank-
furt a. M., Posen u. Paris.
Das einmalige Einrücken
einer einylaltigen Gar-
mentseite kostet 7 kr., das
2. Mal 6 kr., das 3. Mal
5 kr., 4. Mal 4 kr., der Stem-
pelgebühr 4 3/4 kr.

Ersteint
mit Ausnahme des
Sonntags täglich. Kosten
für das halbe Jahr 6 fl., ein
das Vierteljahr 3 fl., ein
Monat 1 fl.
Mit
Postverfendung:
Im Inland:
halbjährig 8 fl., viertel-
jährig 4 fl. 8. W.
Im Ausland:
vierteljährig 5 fl.
Redacteur u. Eigen-
thümer
Th. Steinbühnen.

Abonnements-Bureau: In Mediasch bei Herrn Joh. Hedrich; in Schäßburg bei Herrn G. J. Habesang, Buchbändler; in Szaf-Neuen bei Herrn J. G. Kinn, Kaufmann; in Broos bei Herrn J. F. Leonhard, Kaufmann; in Mühlbach bei Herrn J. Leonhard, Kaufmann; in M. Wasarhely bei Herrn J. Wittich's Buchhandlung; in Klausenburg bei Herrn J. Stein, Buchbändler; in Bisfritz bei Herrn C. Schnell, Lehrer, wofelbst die Abonnements-Beträge franco erbeten werden.

Nr. 223. Hermannstadt, Freitag am 18. September 1868

Amtliches.

Ernennungen. Der Finanzminister hat für die auf dem Gebiet der k. ung. Finanzdirektion befindlichen Verzehrungssteuer-Linienämter Mich. Murács, Armin Wehinger, Joh. Béli, Joh. Birker und Ottav. Zelinet zu Kassieren, Stef. Jablonky, Karl Köpferwein und Johann Ritterbacher zu Kontroloren und Franz Sierfky zum Adjunkten ernannt.

Vom k. ungarischen Justizminister sind bei den in Siebenbürgen neu errichteten k. ungarischen provisorischen Urbarialgerichten folgende Individuen ernannt worden, und zwar:

- I. Beim Klausenburger Urbarialgericht:**
1. Der Obernotar des Kolozser Komitates, Alexander Salmágyi;
2. der Beisitzer des Kolozser Komitatsgerichtes, Joseph Pintye, zu ordentlichen Beisitzern;
3. der Vizegespan des Torbater Komitates, Karl Beres;
4. der Vizefiscal des Kolozser Komitates, Ladislaus Kanta, zu Ausbilsreferenten; und
5. der gewesene Honvédhauptmann, Adolph Mark, zum Kanzleioffizial.

- II. Beim Maros-Básárhelyer Urbarialgericht:**
1. Der Beisitzer des Kütüllder Komitatsgerichtes, Bela Tamási;
2. der gewesene Beisitzer des Torbater Komitatsgerichtes, Michael Orbonás, zu ordentlichen Beisitzern.
3. Der Honorar-Obernotar des Kütüllder Komitates, Joseph Gyárfás de Léczálya;
4. der gewesene Beisitzer des Unterabenser Komitatsgerichtes, Ladislaus Papp-Hartianu, zu Ausbilsreferenten; und
5. der Obernotar des Maroszer Stuhles, Anton Filep, zum Kanzleioffizial.

- III. Beim Udvarhelyer Urbarialgericht:**
1. Der gewesene Gerichtsbeisitzer des Ester Stuhles, Michael János;
2. Der Dr. der Rechte und Beisitzer des Udvarhelyer Stuhlsgerichtes, Albert Lörök, zu ordentlichen Beisitzern;
3. der gewesene Vizekönigsrichter des Ester Stuhles, Joseph Miklósi;
4. der gewesene Beisitzer des Aranyoser Stuhlsgerichtes, Franz Wlósó zu Ausbilsreferenten; und
5. der gewesene Artillerie-Honvédhauptmann, Bela Róvi, zum Kanzleioffizial.

- IV. Beim Sepsz-Olygyer Urbarialgericht:**
1. Der Bürgermeister von Fogarasz, Ignaz Brust;
2. der gewesene Beisitzer des Torbater Komitatsgerichtes, Joseph Neßtor zu ordentlichen Beisitzern;
3. der Honorar-Obernotar, Joseph Szentiványi;
4. der Advokat in Sepsz-Olygyer, Alexander Szacsóy zu Ausbilsreferenten und
5. der Vizenotar des Hunyader Komitates, Johann Kiss zum Kanzleioffizial.

- V. Beim Fogaraszher Urbarialgericht:**
1. Der gewesene Beisitzer des Dobosker Komitatsgerichtes, Karl Bisztrai;
2. der gewesene Oberrichter des Kütüllder Komitates, Joseph Sulutiu zu ordentlichen Beisitzern;

3. der städtische Senator von Fogarasz, Gregor Maier zum Ausbils-Referenten;
4. der gewesene Beisitzer des Fogaraszher Distriktsgerichtes, Johann Ivanovits zum Kanzleioffizial.

- VI. Beim Dévaer Urbarialgericht:**
1. Der gewesene Oberrichter des Hunyader Komitates, Ladislaus Szilvási;
2. der gewesene Beisitzer des Torbater Komitatsgerichtes, Dionis Sulutiu zu ordentlichen Beisitzern;
3. der gewesene Assessor des Hunyader Komitatsgerichtes, Georg Wilhelm;
4. der gewesene Assessor des Hunyader Komitatsgerichtes, Georg Lázár zu Ausbils-Referenten und
5. der Notar des Hunyader Komitates, Karl Markus zum Kanzleioffizial.

- VII. Beim Nagy-Gyenyeder Urbarialgericht:**
1. Der Bürgermeister von Karlsburg, Daniel Lörök;
2. der gewesene Beisitzer des Kolozser Komitatsgerichtes, Karl Mátési, zu ordentlichen Beisitzern;
3. der Assessor des Unterabenser Komitatsgerichtes, Joseph László;
4. der Beisitzer des Aranyoser Stuhlsgerichtes, Simon Horvát, zu Ausbilsreferenten; und
5. der Subernal-Concepts-Praktikant, Baron Joltan Apor, zum Kanzleioffizial.

- VIII. Beim Débészher Urbarialgericht:**
1. Der gewesene Assessor des Dobosker Komitatsgerichtes, Franz Mihály;
2. der gewesene Gerichtsadjunkt, dormalen Eractor des Marmaroser Komitates, Emerich Urányi, zu ordentlichen Beisitzern;
3. der Assessor des Hunyader Komitatsgerichtes, Jakob Mezei;
4. der gewesene Assessor des Kolozser Komitatsgerichtes, Franz Szabó, zu Ausbilsreferenten; und
5. der Subernalconcepsist, Joseph Guardazoni, zum Kanzleioffizial.

Politische Uebersicht.

Wien, 15. September. Ein Hirtenbrief konfiszirt. Diese Nachricht, geiguet, im Lager der Konfobatter das tiefgebendste Aufsehen zu verursachen, finden wir in der Samstag-Nummer des Linger „Abendboten“, welcher meldet: „Heute Mittags wurden die sämtlichen Exemplare des Hirtenbriefes unseres hochwürdigsten Herrn Bischofs, welches morgen in der hiesigen Kirche verlesen werden sollte, über Auftrag der Staatspolizei mit Beschlag belegt und der betreffende Kettenriegel in der Buchdruckerei Humers W. und Danner amtlich versiegelt.“ Da das Konfordat die Hirtenbriefe förmlich außerhalb des Reiches stellt, so hat sich die Staats-anwaltschaft wohl natürlich darauf beschränkt, das gedruckte Hirtenreiben als Präferenzzeugnis zu konfiszieren. Schreiben mag der Bischof was er will; anders verhält es sich mit dem Drucklassen. Die Linger Staats-anwaltschaft hat hiemit eine wichtige Prinzipienfrage in Anregung gebracht, von deren Austragung es abhängen wird, ob die Herren Bischöfe fernerhin trotz ihrer offenen Begehrung der Verfassung unverzüglich bleiben sollen. Ging es doch schon so weit, daß selbst Geistliche, welche nicht Bischöfe sind und daher nicht zu den Begünstigten des Konfobattes zählen, von der

Ausnahmsstellung der Oberen Gebrauch machten und dreiß die Verfassung schmälern zu dürfen glaubten.

Dem „B. Lloyd“ schreibt man von hier unterm 8. d.: Sie haben ohne Zweifel Notiz von einer Entscheidung des Statthalters von Tirol, v. Laffer, genommen, der gelegentlich einer in Bregenz sich ereigneten Notizville eine Entscheidung zu Gunsten des Fürstbischöfs von Brixen fällte. Die Affaire mügte um so peinlicheres Aufsehen zu der öffentlichen Meinung machen, als der erwähnte Entscheid dem Geist des Reiches widerspricht und der Statthalter von Oberösterreich Graf Hohenwart erst vor wenigen Tagen im Landtage die Erklärung abgab, bei Uebernahme der Stelle dahin vom Minister des Innern instruiert worden zu sein, für rücksichtslose Durchführung der konfessionellen Geize eintreten zu sollen. Da man zu der Voraussetzung berechtigt war, daß die betreffenden Anweisungen für alle Statthalter und Länderchefs gleich lauten, so verurtheilte man Herrn v. Laffer um so schärfer. Die betreffenden Bregenger Parteien rekurrierten an den Minister des Innern, und dieser verlangte sofortige Zulassung der Akten von der Innsbrucker Statthalterei. Im gestrigen Ministerrathe kam die Sache zur Sprache, und wie wir von befreundeter Seite versichert wird, waren es gerade zwei „Bürgermeister“, die Herrn Dr. Herbst und Berger, welche für Herrn v. Laffer's Vorgehen mit aller Wärme eintraten und es korrekt fanden. Dr. Herbst lenkte noch im rechten Moment ein. Als er bemerkte, daß Dr. Berger die endgiltige Entscheidung, betreffend der Affaire von dem Bortum des Ministerraths abhängig machen wollte, äußerte der Justizminister sich dahin, die Sache einer befriedigenden Lösung zuzuführen, sei ausschließlich Sache des Resortministers Dr. Giska. Mit Befriedigung fügte ich bei, daß dieser gegen Herrn v. Laffer's Aufschreiben entschieden hat.

Der Besuch des Kaisers in Galizien beherrscht das öffentliche Interesse in diesem Lande fast vollständig und tritt dabeist die Politik momentan in den Hintergrund. Große Empfangsanstalten werden alleis getroffen, der Landtag votirte 25,000 fl. zur Bestreitung der Festlichkeiten, zu denen man sich in Palast und Hüte rüfete. In Krakau wird der Kaiser, an einem historisch-merkwürdigen Orte, beim „Thore des heiligen Florian“, wo sonst die Könige von Polen ihren Einzug hielten, durch die Bürgerchaft empfangen werden.

Aus Lemberg berichtet man der „Deb.“, daß der Gemeinderath der Stadt Lemberg an den Kaiser eine Petition zu richten gedenkt, wonach allen polnischen Emigranten das Asylrecht in Galizien insofern gewährt werden soll, als sie sich gegen die bestehenden österreichischen Geetze nicht vergangen haben.

In einem Schreiben aus München wird über die Stimmung in Süddeutschland gesagt: „Die gegenwärtige bairische Regierung wird von der ultramontanen und Franzosenpartei in einer Weise in den Organen derselben befeindet, daß der Haß dieser Janakier gegen einen in's Land gedungenen Eroberer nicht leidenschaftlicher ausgedrückt werden könnte. Daß diese Partei auf einen Krieg mit Frankreich gegen Preußen hinarbeitet, ist kein Geheimnis. Sie bekennt dies offen in ihren Organen: „Donau-Zeitung“, „Amberger Volks-Zeitung“, „Neues Baitisches Volks-“

*) Der Adewirth von Bregenz konnte zu seiner beabsichtigten Heirat von den geistlichen Behörden den nötigen Eheschein nicht erhalten. Er entschloß sich daher, eine Zivilhele einzugehen, und wäre ihm somit das Vermählungszugelassen, das ein jüngst verstorbenen Tiroler demjenigen zusprach, der in Tirol die erste Zivilhele schloste. Um nun dies Unglück zu verhüten, wüchte sich der Statthalter Laffer in die Sache, und über seine Intervention forderte der dortige Bischof den feilber reuienten Pfarrer auf, die Ehe ohne weiteren Anstund einzulegen, damit die Ehe keine Zivilhele sei und der Betroffene auf die Bräutle keinen Anspruch habe. Der Adewirth hält jedoch an seinem einmal gefaßten Entschlusse fest und will trotz statthalterlicher Rathung von der sichtsigen Trauung nichts mehr wissen.

Frenilleton.

Die Menoniten und die Molokans in Rußland.

St. Petersburg, 25. August. An den Ufern des Flusses Molotschna, welcher zum Bassin des Nowischen Meeres gehört, sind vor ungefähr achtzig Jahren Menoniten-Colonien gebildet worden. Die seit 1536 in Deutschland bestehende religiöse Sekte beabsichtigte, sich der Verfolgung zu entziehen und suchte ein anderes Vaterland. Was sie suchten, begünstigte die Politik Rußlands, um Vortheil für ihr Land hinsichtlich der Kultur und Landwirtschaft aus der Emigrationslust der Menoniten zu ziehen. Als nun die Menoniten gleich Anderen in Rußland einwanderten, lag das russische Volk in tiefer Knechtschaft und genoß nicht die allergeringsten bürgertlichen Rechte. Angesichts der allgemeinen Rechtslosigkeit und der Knechtschaft wurden den in dem neu erworbenen Lande (Neurussland) sich ansiedelnden Menoniten verlockende und einladende Bedingungen gewährt und sämtliche Privilegien gelten bis heutigen Tages noch fast vollständig. So wurde ihnen verbürgt: 1) die volle Religionsfreiheit und das Recht, den Eid nach menonitischer Weise zu leisten, d. h. nach dem Zerkauf ihrer Kirchensatzung mit Ja oder Nein; 2) unbeschränkt über ihre Kirchensatzung zu verfügen, welche die Befreiung vom Militärdienst, also von der Rekrutenpflicht; 3) das ausgebehutete Selbstverwaltungsrecht, also von der Rekrutenpflicht; 4) eine durch das sie zu einer völlig erklüften Stellung gelangt sind; 5) eine Zuweisung von Staatsgrund: 65 Dessatinen per Familie, gegen einen Erbzins von 15 Kopelen per Dessatine; 6) völlige Abgabenfreiheit während der ersten zehn Jahre nach ihrer Einwanderung, selbst die oben erwähnten 15 Kopelen Erbzins nicht ausgenommen; 7) Selbstunterstützung durch Ueberfahrt und Versorgung mit Samen für die erste Saat, und zur Ueberfahrt und Versorgung mit Wohnhäusern, gegen zinslose Rückzahlung der Vorhülle nach Verlauf von zehn Jahren; 8) Befreiung von

jedlicher obligatorischer Arbeitsleistung, von der Einquartierungslast und Befreiung von Steuern bei Truppen-Transporten, mit Ausnahme zeitweiliger bei Bewegungen des Kriegsheeres, ferner das Recht zum Branntweinbrennen und Verkauf innerhalb der Colonie-Grenzen und Verwendung der erzielten Einkünfte ausschließlich zum Vortheile ihrer Gemeinden. So wurden denn diese von ihren Mitbürgern des Glaubens wegen sich abschließenden Sektierer in Rußland Grundbesitzer umfangreicher und fruchtbarer Länder, welche sie, durch die günstigen ihnen gewährten Privilegien weitaus über andere gestellt und zu Dafen der Kultur und Wirtschaft umgestaltet haben. Die arbeitamen und sparsamen Leute gelangten natürlich zu einer merkwürdigen Wohlhabenheit, ja einige unter ihnen zeichnen sich durch kolossale Reichthümer aus. Die den Menoniten gewährten Vorzüge in Rußland treten aber nach lebhafter hervor, wenn wir neben denselben die aus Rußland selbst stammenden Sektierer: die Molokans und Duchaboren betrachten, deren Glaubenslehren denen der Menoniten sehr ähnlich sind. Diese russischen Sektierer haben ebenfalls an der Molotschna etwa 15 Jahre nachdem die Menoniten sich angesiedelt, Kolonien gegründet, aber unter ganz entgegengesetzten Bedingungen; statt der Glaubensduldsamkeit fanden die Russen hier nur von ihrer Regierung Verfolgung; von der Rekrutenpflicht wurden sie nicht befreit. Das Recht, Branntwein zu brennen, oder sich selbst zu verwalten, war ihnen nicht bewilligt, von Vorhüllen zur Kolonisation und zehnjähriger Abgabenfreiheit war keine Rede; ihr Grundzins, welchen sie zu entrichten hatten, überstieg um das Zehnfache den der Menoniten; außerdem mußten sie Naturallasten, Zuhrenstellung, Einquartierung und Gemeindeabgaben aufbringen und zwar nicht bloß zur Dedung der Gemeindebedürfnisse. Die Beamten benützten ihre Macht zu religiösen Verfolgungen. Dennoch, Dank der Geduld, der Arbeit, Nüchternheit, Ehrlichkeit und Sparsamkeit dieser russischen Kolonisten an der Molotschna gelang es ihnen, alle Hindernisse zu überwinden und trotz des Druckes, der auf ihnen lastete, einen hohen Grad der Wohlhabenheit zu erlangen. Jetzt aber blühen noch wie vormalig die menonitischen Kolonien an der Molotschna, während die russischen längst von dort verschwunden sind.

1841 und 1848 traf sie der vernichtende Schlag; es wurde für notwendig erachtet, sie aus dem europäischen Rußland zu vertreiben, ihnen Wohnungen, Boden und Eigenthum zu nehmen, den sie im Laufe eines halben Jahrhunderts sich erworben hatten. Tausende mußten, arm und ruiniert, die Ufer der Wolotschna wegen ihrer Glaubenslehren verlassen und ein weites, fremdes Land beziehen. Den Meisten von ihnen wurde unter den schwierigsten Bedingungen die Ansiedelung jenseit des Kaukasus erlaubt, es wurde ihnen die Hälfte im westlichen Theil des Kreises Achalzik angewiesen. Auf der Steppe, 3000 Fuß über der Meeresfläche, wurden diese Emigranten dem Kampfe mit der Natur und sich selbst überlassen. Dennoch ist es diesen fanatischen Sektierern, gleichsam als Pioniere russischer Zivilisation, gelungen, auch hier siegreich den Kampf zu bestehen. Man hört mit Verwunderung von ihrer Wohlhabenheit, ihrer Kraft, der Gesundheit der Männer und der Schönheit der Weiber, von ihrer Gastfreundschaft und Zuverlässigkeit erzählen, die man überall in ihren Dörfern antrifft. In dem halbwildem Lande bilden nur sie die einzigen Dafen der Kultur.

Von diesen beiden Erscheinungen im Staats- und Kulturleben Rußlands nimmt augenblicklich die russische Presse Anlaß zu sehr eindringlichen Bemerkungen, welche vielleicht nicht ohne Eindruck in den Regierungskreisen bleiben dürften und welche zunächst durch die zahlreiche Auswanderung aus Preußen und Einwanderung in Rußland hervorgerufen werden. Namentlich argumentirt die russische Presse in einer Weise, als läge es ihr am Herzen, vor Schöpfungen eines Staates im Staate zu bewahren, den man aus Ausländern bilde, während man Einheimische verfolge und aus dem Lande in wüste ferne Länder treibe, das europäische Rußland der eingeborenen Bevölkerung beraube und an deren Stelle fremde Bevorzugte ins russische Land ziehe. Bemächtigt sich diese Ansicht maggebenden Kreisen, so könnten vielleicht einst die menonitischen Einwanderer im Süden ebenio fühlen müssen, was bereits im Norden die deutschen Bewohner der Ostprovinzen erfahren.

Preis 9500!

Fabrik
Eckgewölbe
der
Hauptortgasse

bernen Medaillen einzig
einbringung, Vabu- oder
en bereit sind, führen wir
Fabrikpreisen an:

bis fl. 8 die allerbesten,
die Schweizer Form, ganz
mit Leinen- und Batist-
bis fl. 8.

aus Leinen oder französi.
re fl. 2, mit Stidereien

fl. 4, mit Schlung und
bis fl. 8.

4, 5, 6 bis fl. 8.
10 in feinstem Damast,
bis fl. 20 in feinst. Damast.

5 bis fl. 18 die schönsten.
bis fl. 24 die allerhöchste.

5, 30, 35, 40, 50 bis 60 fl.

entlicher, 3 Stück Batist-
schen, 6 Stück und zwar:
und 6 Stück Stidereien
in deren Wiener ein Hemd.
ungen hier und in den
nächstes Bestangen von

den, welche nicht
passen, werden
ur genommen.

den oder Käufer
50 Gulden erhalten
erhalten gratis.

Preise der Mieder
von 8, 10, 12, 14 bis 16
fl. 3. W. Ceinture von
8, 10 bis 12 fl. 3. W.
Bei Bestellung durch Cor-
respondenz erbittet man
das Maß in vier Papier-
streifen: 1. Umfang von
Brust und Rücken unter
den Armen genommen. 2.
Umfang der Taille. 3.
Umfang der Hüften. 4.
Länge von unter dem Arme
bis zur Taille. Das Maß
ist am Körper über das
Kleid zu nehmen.

Marktpreis
ber 1868.

Besten	Mittlerer	Mindest	Besten
fl. kr.	fl. kr.	fl. kr.	fl. kr.
4 40	4 13	3 87	
3 33	3 7	2 80	
2	1 93	1 87	
1 47	1 33	1 20	
2 7			
67			
7 50			
6			
5			
4			
16			
16			
12			
16			
67			
60			
40			
30			
10			
18	17	14	
40			

blatt in Stadthaus, „Münchener Volksbote“, „Straubinger Tageblatt“, „Regensburger Morgenblatt“, „Augsburger Postzeitung“ und andere Blätter sind in dieser Richtung thätig. „Bavaria hat keinen Feind als „Preußen“, erklärt die „Donau-Zeitung“ vom 23. v. M., „und gegen Preußen sind unsere Kräfte nicht gerichtet. In Nr. 224 des selben Blattes wird der Beweis zu führen gesucht, daß Oesterreich nach einer Niederlage Frankreichs unfehlbar unter Preußens Oberherrschaft kommen müsse. „So haben wir nichts Anderes zu gewärtigen, als Oesterreich im Range an Frankreichs Seite zu stehen.“ Das „Neue Bayerische Volksblatt“ (Nr. 228) spricht sich in einem Artikel „Preußen und Oesterreich“ noch ausführlicher aus: „Nach einer Niederlage der Franzosen könnte der Verlust Oesterreichs an Preußen nicht einmal mehr eine Frage der Zeit genannt werden. Kein preussischer Staatsmann könnte sich der Aufgabe entschlagen, namentlich auch die Eroberung Oesterreichs ohne Verzug zu eintreten.“ Der Zweck ist der Versuch, die Notwendigkeit für Oesterreich zu beweisen, an Frankreichs Seite in den Kampf gegen Preußen zu gehen. In diesem Falle, so hofft die Partei, könne von keiner Verbindung des bayerischen Heeres mit dem preussischen die Rede sein, die Augustverträge wären dann zerrissen. Diese Partei hat für die Thätigkeit in der Presse in dem Münchener Kasino einen Centralpunkt. Hier wird der Pressfond verwaltet, von hier werden die Tagesordnungen den Parteiorganen ertheilt. An der Spitze des Kasino's steht ein hiesiger Geistlicher. Derselbe hatte als Programm den Grundatz aufgestellt: „Wir haben nach zwei Richtungen unsere Thätigkeit zu entfalten, nach kirchlicher und politischer. In Betreff der ersteren müssen wir mit Rom, in der Politik mit Frankreich gehen.“ Der zweite Theil des Programmes erhielt indessen nicht die Majorität. An die Stelle desselben wurde als Aufgabe des Vereins die Erhaltung der Selbstständigkeit Bayerns gestellt.

Die von der „Gazette de France“ nach der „Nord-Dr. Korrespondenz“ gebrachte Geschichte des Herrn v. Thile an den Grafen Solms, den preussischen Geschäftsträger in Paris, lautet wie folgt: Herr Graf, ich habe die Ehre, Sie zu benachrichtigen, daß Sr. Majestät der König geruht hat, gnädigst zu befehlen: Erstens, daß sofort nach dem Herbstmanöver von der königlichen Armee sämtliche Rekruten entlassen werden sollen; und zweitens, daß die jährliche Rekrutenausbildung um drei Monate hinausgeschoben werden solle. Sr. Majestät Regierung hat durch diese wichtige Maßregel, welche die preussische Armee um 120,000 Mann vermindert, einen neuen Beweis von ihrer Mäßigkeit und Friedensliebe geben wollen. Derselbe hat zu gleicher Zeit ihr Vertrauen auf die Aufrechterhaltung des europäischen Friedens fund thun wollen; denn unterer Ansicht nach schwebt gegenwärtig keine Frage, welche die Ruhe Europas's stören könnte.

Indem ich Sie von diesen Maßregeln in Kenntniß setze, erlaube ich Sie, Herr Graf, vertrauliche Mittheilung davon Sr. Excellenz dem Herrn Marquis de Montier zu machen, ohne eine Erläuterung hinzuzufügen.

Ich benutze diese Gelegenheit, um Ihnen die Versicherung zu wiederholen, daß u. s. w. (gez.) Thile.

Aus Konstantinopel schreibt man dem „Osten“, daß die in der Gegend von Trapezunt, Samjoun und Sinas angeordneten Isidoreiten sich dem Häuberbandwerk hinzugeben begonnen haben, und zu einer wahren Landplage geworden sind, so daß die Pforten-Regierung froh wäre, wenn sie diese aus Rußland herübergenommenen Gaiten wieder los werden könnte. Die Rekruten in jener Gegend müssen ihrer persönlichen Sicherheit wegen mit Gendarmen-Patrouillen escortirt werden. Der gefährlichste und wildeste der isidoreitischen Vandalenführer ist Mahir Bey. Derselbe ist bereits fähig von einer ihn verfolgenden Patrouille ganz umzingelt gewesen, aber in dem Augenblick, wo man ihn gewiß zu haben glaubte, gelang es ihm, zu entkommen, und nun setzt er die ganze Umgebung durch seine Luthaten in Schrecken.

Aus Serajewo, dem Regierungssitze des Pascha von Bosnien, wird gemeldet, daß der montenegrinische Resident, welcher bisher in Skutari seinen Aufenthalt hatte, nach Serajewo übersiedeln soll. Auch wird von dort folgende wichtige Nachricht mitgetheilt: Die schon seit langer Zeit zwischen der Türkei und Montenegro schwebende Grenzfrage ist nämlich definitiv gelöst worden, indem sich die Türkei bereit erklärte, einen Strich Landes, welchen Montenegro als sein Eigenthum reclamirte, mit Geld abzulösen. Die Verhandlungen haben geführt: türkischerseits Osman Pascha, Gouverneur von Bosnien, und von Seite Montenegro's der Capitän Peter Pejovic.

Die Bedeutung der Kaiserreise nach Galizien,

welche auch der Reichskanzler v. B. u. s. theilweise mitmachen soll, sowohl für die innere, als für die auswärtige Politik Oesterreichs tritt immer mehr in den Vordergrund. Um ihre Bedeutung nach Außen zu würdigen, genügt es, auf die Meldung zu verweisen, daß der Kaiser von Rußland mit allen seinen Ministern um dieselbe Zeit in Warschau eintritt, wo der Kaiser von Oesterreich in Krakau und Lemberg erwartet wird, und daß beide Monarchen in ihren polnischen Gebietsheilen Herrschaft über nicht unbedeutliche Truppen-Abtheilungen halten, der Kaiser von Oesterreich — wie es heißt — über 40,000, der Kaiser von Rußland über 80,000 Mann. Eine Nachricht von unabwehrbarer Tragweite aber wäre es, wenn sich bestätigt sollte, was das „N. W. Tagbl.“ über einen polnischen Schmerzensbrief an den Kaiser von Oesterreich zu berichten weiß, welcher von Rußisch-Polen aus in Szene gesetzt werden soll. Die russischen Behörden vermuthen nämlich nach der erwähnten Quelle, daß in allen rußisch-polnischen Ländern Unterschriften zu einer dem Kaiser von Oesterreich zu übergebenden Adresse gesammelt werden, in welcher die furchtbaren Leiden Polens einen glühenden Ausdruck finden sollen und die mit einem Appell an die Humanität des Kaisers, desjenigen Monarchen, unter dessen Scepter allein die polnische Nationalität frei athmen darf, schließen würde. Die Adresse soll auch den Kaiser als katholischen Monarchen apostrophiren und seine Hilfe für die gemeinsame, so heilig verfolgte Religion erbitten. Die Russen, sagt das „N. W. Tagbl.“ schreiben der österreichischen Politik die Absicht zu, bei guter Gelegenheit Rußisch-Polen mit Galizien zu vereinigen, wegegen Rußland umgekehrt trachten müsse, Galizien unter seine Herrschaft zu bringen, um das Verdrüßungswort an Polen zu vollenden. Es gelte also jetzt, Oesterreich zuvorkommen, und seit langer Zeit veruche auch Rußland durch nationale und religiöse Motive, deren Grund durch den Glanz der Rubel unterstützt werden, um den Ruthenen sich eine Partei zu schaffen. Inzwischen treffe Rußland auch großartige militärische Vorbereitungen, errichte in Warschau und Polen Magazine, lasse seine Armee im Westen und im Süden vorrücken, schon jetzt sieben 100,000 Mann in Polen, welche aber in wenigen Wochen auf das Doppelte und bis zum Eintritte des Winters auf das Dreifache vermehrt werden sollen. Starke Truppen-Abtheilungen stehen schon heute in dem Winkel von Kielec bis gegen Genschedau, und bei Lublin werde ein anderes Korps formirt. Mögen auch diese Nachrichten übertrieben sein, die Bestätigung, daß Rußland Galizien bedrehe, ist nicht unbegründet, und daß Oesterreich gegen diese Bedrohung seine Maßregeln ergreift, ist ganz natürlich. Eine dieser Maßregeln scheint nun auch die eventuelle Annexion Galiziens an Ungarn zu sein, welche von der Deakpartei energisch betrieben wird. Ungarn will Galizien um den Preis der vollständigen Anerkennung des Dualismus die volle Autonomie gewähren. Graf Andrássy soll der Hauptförderer der Kaiserreise nach Galizien sein. Man hofft in Ungarn, wie ein bester Correspondent der „Vorwärts-Ztg.“ schreibt, von dieser Kaiserreise den Sturz des Wiener Bürger-Ministeriums, und rechnet dabei also: „Die Kaiserreise wird so weitgehende Konsequenzen für Galizien anregen, denen das österreichische Ministerium zu entsprechen sich weigern wird. Nun

wird das Ministerium Auerberg zurücktreten und einem Grafen-Ministerium Platz machen.“ Das Gelingen oder Scheitern dieses Planes werde, meint der bester Correspondent der „Vorwärts-Ztg.“, hauptsächlich von dem Ausfall der Neuwahlen in dem ungarischen Landtag abhängen. Die Regierung verfüge wohl, um der Deakpartei bei diesen Neuwahlen den Sieg zu verschaffen, über ungeheure Mittel (wie Aemter, Konzessionen und sogar, wie die Jama erzählt, über einen geheimen Fond von 9 Millionen), allein die Linke sei mit dem Lösungsworte: Abschaffung der Delegationen allen diesen Regierungsmitteln gewachsen. Siege die Linke, so sei auch das Ministerium Auerberg befestigt, und die Polen müssen sich der Dezember-Verfassung anbequemen.

Landtagsnachrichten.

Agram, 14. September. Nach Verifizierung der neu gewählten Deputirten wurde beschlossen, der serbischen Regierung anlässlich des Todes des Fürsten Michael das Beileid auszudrücken.

Nächste Sitzung Dinstag. Lemberg, 14. September. Kowalsky legt einen ruthenischen Abrechnungsvorwurf vor, welcher über die hegemonistischen Gelüste der Polen sich beschränkt und die Staatsgrundgesetze acceptirt, jedoch eine Reform der Landtagswahlordnung, erweiterte Selbstständigkeit der Gemeinden, größere Berücksichtigung der ruthenischen Sprache und Nationalität in Schule, Amt und öffentlichen Leben so wie bei der Verwendung der öffentlichen Fonds und weiter zwei nach Nationen getheilte Landesauschüsse und galizische Reichsrathsdelegationen begehrt.

Peter Groß wurde in den Landesauschuss gewählt. Linz, 14. September. Nach längerer Debatte wird bei namentlicher Abstimmung die Aufrechterhaltung der oberösterreichischen Brandanstalt als Landesanstalt beschlossen. Wertheimers bekannter Antrag betreffs Verkauf der Staatsforste im Inwieweit wird angenommen.

Ueber Antrag des Verfassungsausschusses wird ein Landesgesetz beschlossen, wonach bei Gemeindebezugschlägen über 50 vSt. kein Landesgesetz, sondern nur die Bewilligung des Landesauschusses erforderlich ist.

Salzburg, 14. September. Bei der Verathung des Landesauschussesberichtes über den Bau einer Eisenbahn über Hallein nach Pongau und Pinzgau wird der kaiserliche Antrag angenommen, dahin gehend: Es seien die Regierung und der Reichsrath dringend zu ersuchen, jedes Eisenbahnunternehmen zu unterstützen, welches eine direkte Verbindungsbahn zwischen Wien und dem Lande Tirol auf österreichischem Boden durch Ober-Steiermark und Salzburg bezweckt. Es sei der Unternehmung zur Pflicht zu machen, dafür zu sorgen, daß die Eisenbahn das Land Salzburg in möglichst kurzer Länge durchziehe, und daß für den Fall, als die Unternehmung mit dieser Bahn die Stadt Salzburg nicht direkt berührt, eine Verbindung mit der Kronlandshauptstadt hergestellt wird.

Hierauf erfolgt die zweite Lesung und Annahme der Regierungsvorlagen betreffs der Abänderung der Landtagswahl- und Gemeindeordnung, und des Gesetzentwurfes bezüglich des Vorganges, wenn ein Abgeordneter in Untersuchung und Strafe verfällt, endlich des Gesetzentwurfes über die Wahlberechtigung der Frauen.

Graz, 14. September. Das Statut für die bei Marburg zu errichtende Landesweinbauschule wird durchberathen. Der Antrag Wofschniak's, die Unterrichtssprache solle die slovenische sein, wird abgelehnt, dagegen Kenntniß der slovenischen Sprache bei den Lehrern und Aneignung derselben bei dem Director zur Bedingung gemacht.

Die Instruktion für die Baumeister und Theile des Präliminars und Rechnungsberechters werden genehmigt. Wofschniak kündigt eine Interpellation an den Statthalter wegen Durchführung der nationalen Gleichberechtigung an.

Klagenfurt, 14. September. Abgeordneter Dr. Erwein beantragt die Abänderung einiger Paragraphen der Landtagswahlordnung, dahin gehend, daß von den in einem Wahlbezirk vereinigten Städten und Märkten jeder einzelne Ort Wahlort sein soll. Der Antrag wird dem politischen Ausschusse zugewiesen.

Triest, 13. September. (Sechste Sitzung.) Hermet überreichte eine von dem Vereine „Progreßo“ angeregte und mit 11223 Unterschriften versehene Petition um Aufhebung der Territorialmilitz.

Hierauf wurde die Lesung des Berichtes über die Zulivorgänge fortgesetzt. Der Bericht mißt die ganze Schuld an diesen Vorgängen der Territorialmilitz und der Localpolizei bei, hofft von der Ernennung des FML. Möring zum Statthalter und des Polizeirathes Hoffmann zum Polizeidirector das Beste für die Aenderung der Triester Verhältnisse und gipfelt in dem Vorschlage, das Reglement für die Territorialmilitz vom 29. Jänner 1860 aufzugeben und das auf Grund desselben bestehende Militzbataillon aufzulösen.

Regierungscommissär Jenny bestritt die Competenz des Landtages hiezu, indem die Auflösung der Territorialmilitz im innigsten Zusammenhange mit dem künftigen neuen Wehrgeetze steht, welches aber vor den Reichsrath gehört.

Hierüber entspann sich eine erregte Debatte. Conti sagte, das Reglement vom Jahre 1880 sei auf Umwegen erschlichen worden. Gregorini bemerkte, daß die Territorialmilitz das Wahlrecht ausübe, welches der beste Beweis sei, daß sie nicht zum activen Militz gehöre.

An der Debatte theilnahmen sich noch ferner die Abgeordneten Hermet, Pascocini und Angeli, welche sämmtlich im Sinne des Commissionsantrages sprachen.

Schließlich wurde der Commissionsantrag einstimmig angenommen. Die Haltung der Galiczen war eine durchaus würdevolle und ruhige.

Journalchau.

Peß, 13. September. Der „Pester Lloyd“ veröffentlicht heute einen zweiten Brief des Dr. Julius Frese über „Deutschland und Ungarn“. Verfasser warnt ernstlich gegen den vor den sogenannten Schwerpunktsdoktrin; Oesterreich, das den doch an Kultur Ungarn überlegen sei, könne sich unmöglich die Bevormundung durch Letzteres gefallen lassen. Seine Rechtscontinuität möge Ungarn streng bewahren, sie sei sein wie Deutsch-Oesterreichs bester Verfassungsschutz — ein Unrecht aber sei es, in der deutschen Politik, die Deutsch-Oesterreich heute noch machen könnte, eine Gefahr für Ungarn zu erblicken. Die freireichliche Wiedervereinigung Deutsch-Oesterreichs mit Deutschland, und nur eine solche sei denkbar, jeder absolutistische Rückfall Oesterreichs müßte zum endgiltigen Siege des preussischen Cäsarismus führen — biete auch Ungarn einen sichern Rückhalt.

Oegen den Ausgleichspakt verstoße diese Wiedervereinigung nicht; überdies sei die deutsche Verfassungspartei davon überzeugt, daß Ungarns Zustimmung zu jeder Verfassungsänderung, durch welche der 1867er Pakt berührt wird, notwendig sei. Ueberdies steht Dr. Frese vom Standpunkte seiner Partei sowohl als des deutschen Interesses niugend ein Hinderniß gegen die Umwandlung des gegenwärtigen staatsrechtlichen Verhältnisses in die reine Personalunion.

Die Redaktion des „Pester Lloyd“ bemerkt auch zu diesem zweiten Briefe mit großem Interesse aufgenommenen Briefe, daß sie nicht mit allen Ausführungen derselben einverstanden sei, und ihre bezüglichlichen Ansichten darlegen würde.

Die Nachricht einiger Blätter, daß der Minister des Innern die Statuten einer in Peß zu errichtenden Freimaurerloge nicht bestätigt

habe, ist — nach „Szájaban!“ — nur in so weit begründet, als die Verthigung der Statuten bloß formeller Mängel wegen verweigert wurde. Im Principe wurde die Errichtung einer Freimaurerloge genehmigt, und müssen bloß die Statuten der entsprechenden Korrektur unterzogen werden.

Das von Jókay redigirte Wöchentlich „Ujiföld“ bringt eine Illustration unter der Ueberschrift: „Ein gesährliches Geschäft.“

Ein Ungar zieht leuchtend einen mit allerlei Zündstoff, mit russischem Pech, serbischen Petroleum, wallachischem Koloformium, ruthenischen Schwefel und panlawischen Zündhölzchen schwer beladenen Wagen durch einen tiefen Morast. Da tritt ihm ein Pole mit einer rauchenden Bombe entgegen, auf welcher „Galizien“ zu lesen ist. „Nimm auch dieses mit zu deinen Schätzen hin,“ sagt der Pole. Freilich, freilich diegegen den Ungar, gerade das fehlt mir noch, um vollends glücklich zu sein.

„Magyar Ujság“ hebt die Gefahren hervor, welche ein neuer Krieg für Ungarn im Gefolge haben könnte. Wenn Oesterreich Krieg führen will, so könne es nur eine Nachstellung in Deutschland anstreben, eine solche aber gefährde die Selbstständigkeit Ungarns. Auch habe das Land den Frieden nötig, um seine arg herabgekommenen materiellen Verhältnisse zu heben. Oesterreich sei keine deutsche Macht, es habe sich in die deutschen Angelegenheiten nicht zu mengen, und müsse im Interesse der Entfaltung seiner materiellen Kräfte den Frieden wünschen.

Das in Pest erscheinende, vom dem Abgeordneten Alexander Roman redigirte Romanen-Organ, die „Feberatiunea“, hat nunmehr mit der Veröffentlichung der Namen derjenigen Personen begonnen, welche ihre Zustimmung zu dem Blasendorfer Pronunciamentos dem Reichsrath schriftlich erklärt haben. Durch zwei Nummern schon wählten sich die langweiligen Namenscolonnen, und noch ist auch nicht der kleinste Theil erschöpft. Schon die bis jetzt veröffentlichten Namen geben in die Tausende, und die ungarischen Gerichte, welche gegen die zuerst bekannt gewordenen Unterzeichner des in Rede stehenden Pronunciamentos den Proceß eingeleitet haben, müßten nun consequenterweise in gleicher Weise auch gegen die Tausende von Personen vergehen, welche sich jetzt ebenfalls als die Unterzeichner der verwerflichen Manifestation bekennen. Nicht ohne Spannung muß dem Verfahren entgegengegangen werden, das in dieser Beziehung platzgreifen wird, nachdem sich nicht absehen läßt, wie ein Proceß durchgeführt werden soll, in welchem die angeblich Schuldigen zu Tausenden auf die Anklagebank geschleppt werden müßten, und noch überdies täglich neu hinzukommende Zustimmungsdressen um weitere Tausende von Complicen vermehrt werden.

Inland.

Hermannstadt, 17. September. Der „Telegraful Roman“ veröffentlicht folgende Wahlen für den romanischen griechisch-orientalischen Kirchencongreß, die in der siebenbürgischen Erzdiöcese von Seite des Reichs bisher bekannt geworden sind: Erzpriester Johann Gannaria im I. Erzpriester Johann Vodiola im V., Erzpriester Johann Metianu im III. Erzpriester Johann Ratiu im VIII. und Protostigel Nicolai Popoia im IV. Wahlkreise.

Se. Excellenz der Herr Vizepräsident der k. ungarischen Exequirialtafel siebenbürgischer Abtheilung Ladislaus Popo ist gestern von Hermannstadt, wo er an den Ausschüßberatungen des romanischen wissenschaftlichen Vereines als Vorsitzender Theil nahm, nach Klausenburg abgereist.

Die „Feberatiunea“ in Pest beginnt mit der Veröffentlichung von Unterschriften des romanischen Pronunciamentos. Die unterzeichnete Erklärung lautet: „Nachdem obiges Pronunciament unter politischen Glaubensbekenntnis ist, so unterfertigen wir dasselbe, und sind bereit dasselbe aufrecht zu erhalten, und uns immer zu demselben zu bekennen, in aller Stärke und Entschlossenheit. Blasendorf, 11. August 1868. Es folgen sodann sehr zahlreiche Unterschriften, meistens von Erzpriestern und Pfarrern, die aus Anlaß der Wahl des griechisch-orientalen Metropolitens aus allen Theilen Siebenbürgens verjammelt waren.“

Am 11. September wurde in Blasendorf für den verstorbenen Erzbischof Sterta Silutiu ein Requiem abgehalten.

Am 28. August war, wie der „Gazeta Transilvaniei“ aus Blasendorf gemeldet wird, ein großes Feuer in Donnersmarkt; 24 Thonnie-Gebäude mit der ganzen Ernte fielen den Flammen zum Opfer. Das war noch nicht genug. Am 9. September wurde dieses Dorf nicht vom Feuer heimgesucht, und die Häuser und Habe von 20 Delononm brannten nieder. So wohl das erste als auch das zweite Feuer brach bei hellstem Tage, das erste durch Kinder aus, die mit Zündhölzchen unvorsichtig umgingen, das zweite, wie es heißt, durch Unvorsichtigkeit bei Tabakrauchen.

Bezüglich des in M. Bafarhely anhängigen Proceßes wegen des Pronunciamentos wird der „Gazeta“ aus Blasendorf geschrieben, daß die Voruntersuchung beendet ist. Bis nun wurden bei dem Untersuchungsrichter Hildebrand 30 Angeklagte, bei dem Gerichte in Blasendorf vernommen, welche wegen Alters oder anderer unabwehrlicher Hindernisse nicht von Blasendorf reisen konnten. In Spezialuntersuchung wurden bezogen: Johann Mureßianu, Redakteur der „Gazeta Transilvaniei“ und Professor Alexander M. Micu und Gabriel Popu.

Klausenburg, 15. September. Bischof Fogarasy ist nach „M. B.“ im Begriff, das Unterrichts- und speziell die Volksschulen seiner Diözese mit einem großen Geschenke zu überreichen. Es ist zwar eine allgemein bekannte Sache, bemerkt das siebenbürgische Oppositionsblatt, daß Se. Excellenz, als Bischof von Siebenbürgen, zugleich Subcommissar ist, als solcher müßte er jedoch im Sinne des Gesetzes in Klausenburg residiren, wenn auch nicht beständig, so doch zeitweilig. Die gebildeten oberhirtlichen Geschäfte erlaubten Sr. Excellenz bisher nicht, in unserer Stadt zu wohnen, jetzt aber soll dem Vernehmen nach der Herr Bischof sich dazu entschlossen haben, auf seinen schönen Gehalt als Subcommissar dessen bisheriger Bezug nicht gebrüht motivirt war, zu Gunsten des Unterrichts- und der Volksschulen zu resigniren. Dieser gute Einfall soll Sr. Excellenz zwar schon früher kommen können, doch kommt er auch jetzt noch früh genug, um dankbar aufgenommen zu werden, und wir hoffen, die ersten hievon Nachricht geben zu können.

Für das Biedou-Denkmal werden in Karlsburg von einer Dilettantengesellschaft Theateraufführungen gegeben. Zwei derselben haben bereits mit gutem Erfolg stattgefunden und sollen noch weitere acht gewünscht mit gleich günstigem Erfolg für den patriotischen Zweck abgehalten werden.

Ueber die bereits erwähnte Grenzfreiheit wegen des Keckes-Alpe berichtet die „Kronf. Ztg.“: Zwischen den Szeklern und den Wolbauern kommen häufige Grenzstreitigkeiten vor, die nicht selten auch in Thätlichkeiten übergehen. Die Wolbauer möchten ihre Grenzen immer mehr landeinwärts gegen Siebenbürgen setzen, was die Szekler aber unter keinen Umständen dulden und ihre Grenzen bei jeder Gelegenheit mit Muth und Beharrlichkeit festhalten und schützen. Die Stadt Kezi-Bajarahely besitzt den sogenannten Keckes-havassa fest an der moldauischen Grenze gegen Szalanz und hat denselben Grundstüch gegen einen jährlichen Pachtzins von 500 fl. verpachtet.

Die Wolbauer wollten sich nun diesen gegen 5000 Joch großem Grund dadurch aneignen, daß sie in demselben ein Grenzwachhaus von 6 Klafter Länge und 3 Klafter Breite aus Bollwerk aufbauen ließen. Sie benötigten hiezu die Stelle, wo eine Giaratale als die siebenbürgische Grenzregimentier noch fungirten, stand. Die Szekler erblickten von dem Neubau dieses moldauischen Grenzhauses auf ihrem Eigenthum Nachtheile. Die Stadtkommune von Kezi-Bajarahely versammelte sich und sagte:

Beisatz die widerrecht Giaratale der Erde gleich mit N. G. wurden mit betraut. Einige patriotischen Ausfühsmännern von Fremden annektrirt werden auf den Weg und rüber auf den Weg in Marbis sie das im Baue besetzter ging strategisch wenig Minuten die Giaratale Posten entwaffnen. Der Bau war auch mit welchen das Dach den in das Wachhaus rechtlich aufgeführte moldauischen Grenzwachhaus Stukh Spekt mit auf dem Lande gewesen:

Mivel a Commanlett volna föllálitva, mper patvarnak véget or katonal a hazánk szaját előjárójakot érte Keckes pusztaja

Das heißt auf Bohen, auf unserem eigeduden konnten, haben heutigen Tage in Bran Landbesgebiete fremdsche in Kenntniß zu setzen. Söhne der Szekler-Nar Eine unausgezezt darmerie und Finanzwa auf unser Gebiet fort u Wir aber machen anmerksam, daß, wenn Weiter den Grund und Eindringlinge verjagen!

Wie n, 14. Se des Linger Volksfestes stattgefunden. Außer d haben sich die Spitzen vertretung und zahlreich nterialrath Hamm, ei die Straße bestiegen, u Gasse, die Eröffnung des Kaiser schloß. Der vertretung der Landesbe wiederholte Veranstaltung Herr Bürgermeister, Vi und insbesondere auch anerkannt gedachte. I hlichten des glücklich e öffnungsfeier.

Das Festprogramm den 14. September: 1 — 3 Uhr Nachmittage lautes Feuerwerk. — 1 tags: Ausstellung. Wi dazu von den Ausstellern und Federzeit. — 2 U und Volksfestpreise für Die prämiirten Biere 16. September: Vor- tags: feierliche Verthei die Ausstellungsgesellsch angemeldeten Fische, K mittags: Verlosung der Wien, 15. Se scheidung Kaiser's wird die Erledigung wurde nicht stattgefunden. I Rücktritte Gikstra's ist Wien, 15. Se serbische Bahnnetz Sem und der hohen Porte Wien, 15. Se zum Namenstage des des Grafen Andrássy wird die Militär-Abm gehen.

Wien, 15. Se Militärsanitätswesen er Kriegsminister Kubn, rug abzugeben, wohnte das Komitee zur Ausa Prag, 14. Se putirren nach Nordb gen. Die Arbeiter ma an die Abgeordneten e den Veröffentlichung: D pferwilligkeit, politischen Leben verid Die Bürgerco als Bestandtheile der Prag, 14. Se Rückkehr von seiner Nachter; heute Vormitt Wien.

Triest, 15. Se mit Admiral Farrago eingetroffen und verble

Kiel, 15. Se Auf die Rede des Au wartung betonte, daß erweiterte der König: Niemand lebhafter theilte für einen Souver Wort „Krieg“ auszuß veran einer solchen Ver gens jede er in ganz dem. „Dies zu Abt wird, ist ein Blick auf und Marine, dieser St

Wien, 15. Se

Wien, 15. Se

